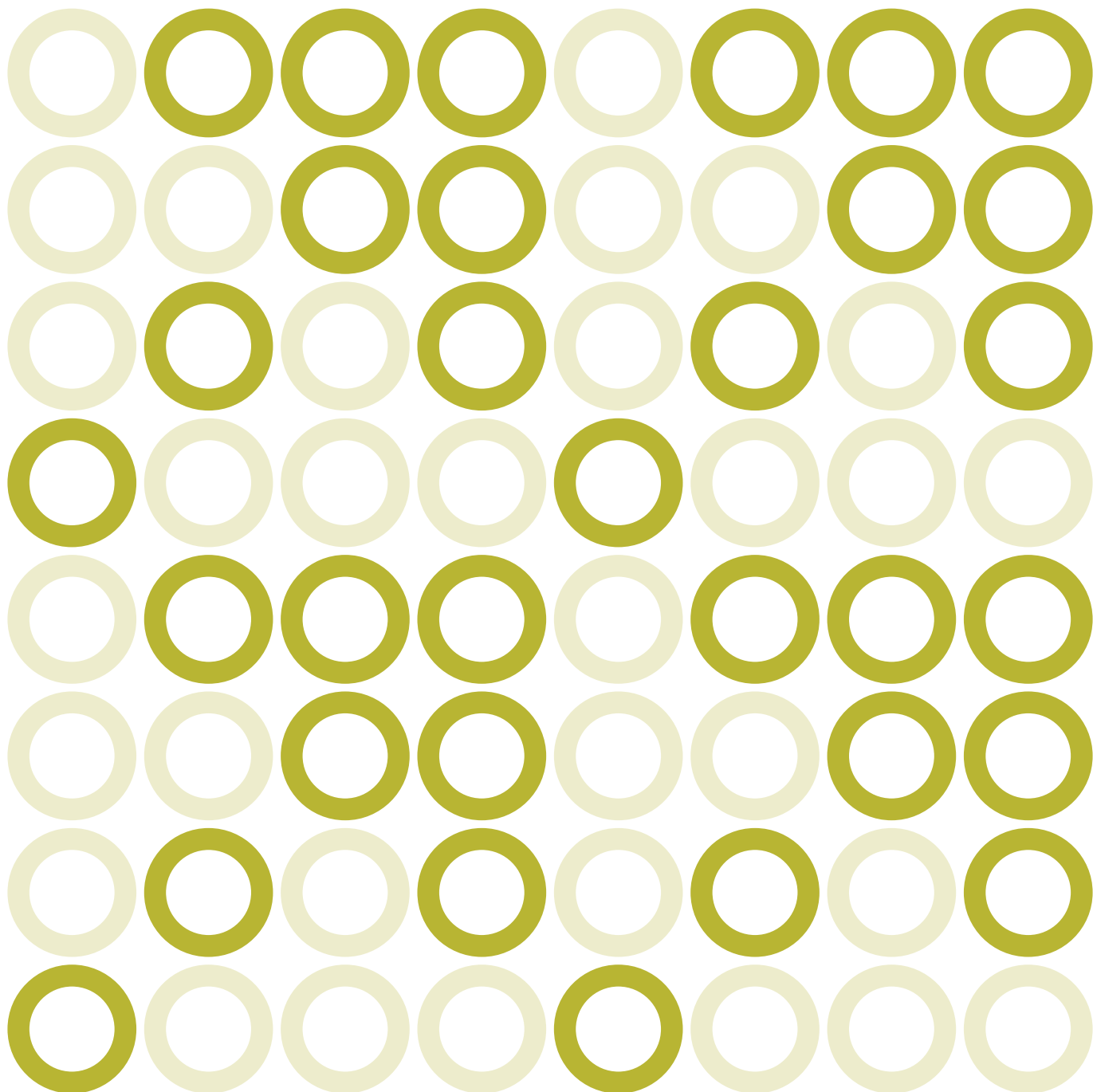




**Vertane Chance für globale Ge-
rechtigkeit und Zusammenarbeit?**
Die vierte Konferenz für Entwick-
lungsfinanzierung in Sevilla



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

Inhalt

○ Ausgangslage	3
○ Darum geht's bei der FfD4-Konferenz in Sevilla	5
○ Internationales Schuldensystem	6
○ Internationales Steuersystem	7
○ Internationale Entwicklungsfinanzierung	8
○ FfD4-Konferenz: Weiterhin Reformchancen für globale Gerechtigkeit und Multilateralismus	10

Impressum

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist der Dachverband von 38 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen internationale Entwicklung, Humanitäre Hilfe sowie entwicklungspolitische Inlandsarbeit. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

Redaktion

Annika Bucher, Hannah Hauptmann, Karin Kuranda, Martina Neuwirth, Manuela Tomic
2. Version, Wien, 27. Juni 2025 (1. Version, Wien, 26. Juni 2025)

Herausgeberin

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

BÜRO Apollogasse 4/9, 1070 Wien **TELEFON** +43 1 522 44 22–0

EMAIL office@globaleverantwortung.at **WEBSEITE** www.globaleverantwortung.at

FACEBOOK [globaleverantwortung](https://www.facebook.com/globaleverantwortung) **LINKEDIN** [globaleverantwortung](https://www.linkedin.com/company/globaleverantwortung)



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

Ausgangslage

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung (*Financing for Development*, FfD4) fällt in eine Zeit, in der die Welt so viele Konflikte und Krisen erlebt wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.¹ Die Auswirkungen von Kriegen, Erderhitzung, Umweltzerstörung und Gesundheitskrisen verstärken soziale, ökonomische und ökologische Ungleichheiten, geopolitische Unsicherheiten und antidemokratische, autoritäre Tendenzen. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie stagniert die weltweite Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs), welche die UN-Mitgliedstaaten im Jahr 2015 einstimmig ratifizierten. Und auch in der EU steht das Bekenntnis zu internationaler Zusammenarbeit zunehmend unter Druck. In der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe läuteten spätestens die folgenreichen Budgetkürzungen für die US-Entwicklungsbehörde USAID seit Jänner 2025 einen Paradigmenwechsel ein. Die Gesundheitsversorgung in vielen Ländern des Globalen Südens verschlechterte sich schlagartig. **Infolge der internationalen Kürzungen kamen bereits über 112.000 Erwachsene und über 235.100 Kinder ums Leben.**²

Konnte der Anteil der extrem armen Menschen seit Ende der 1990er von über 30% auf 8,5% der Weltbevölkerung reduziert werden,³ ist nach Jahrzehnten entwicklungspolitischer und humanitärer Erfolge der Bedarf wieder stark angestiegen. **Auf Humanitäre Hilfe sind weltweit fast 310 Millionen Menschen angewiesen.**⁴

Die Krisen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass mittlerweile über die Hälfte der Länder des Globalen Südens stark verschuldet sind. Um ihre Schulden bei internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank, bei Entwicklungsbanken sowie bei weiteren privaten Geldgebern und Nationalstaaten beglichen zu können, nehmen sie weitere Kredite auf. Sie gehen nachteilige Verträge ein und priorisieren wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die schnell umsetzbar sind. Menschenrechte, Klima und Umwelt haben oftmals das Nachsehen. Neben der hohen Schuldenlast hindern aber auch Schlupflöcher im internationalen Steuersystem viele Länder des Globalen Südens daran, ausreichend in die Erreichung der SDGs und somit in ihre Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme

Eckdaten

Termin: 30. Juni bis 3 Juli 2025

Ort: Sevilla, Spanien

Die internationalen FfD-Konferenzen befassen sich mit **weltweiten finanziellen und strukturellen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung**. Sie bieten Vertreter*innen von Regierungen, multilateralen Organisationen, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors ein internationales Forum, um Maßnahmen für eine effektivere und gerechtere internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren und zu koordinieren.

Historischer Hintergrund

In den 1990er und frühen 2000er Jahren waren viele Länder frustriert über das Scheitern der Strukturanpassungsprogramme (SAPs), welche ihnen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank auferlegten. Die asiatische Finanzkrise von 1997 deckte schwerwiegende Mängel in der internationalen Finanzpolitik auf, darunter Risiken durch unregulierte Kapitalströme, Schuldenkrisen und unfaire Handelsregeln. Aus diesem Grund forderten Länder des Globalen Südens demokratischere Ansätze zur Entwicklungsfinanzierung. **Im Jahr 2002 fand schließlich die erste FfD-Konferenz in Mexiko statt, bei der Entwicklungsfinanzierung erstmals als globale Angelegenheit begriffen wurde.** Der dort erzielte **Monterrey Consensus** beinhaltet Beschlüsse zu inländischen Finanzressourcen, ausländischen Direktinvestitionen und privaten Finanzströmen, internationalem Handel, internationaler Finanzkooperation, der Schuldenproblematik sowie systemischen Fragen der globalen Wirtschaftsordnung. Es folgten FfD-Konferenzen in **Doha (2008) und Addis Abeba (2015)**.

Quellen www.globaleverantwortung.at/csoforffd.org

1 TVP World (06.05.2025): World torn by 56 active conflicts, most since WWII, peace report says. Abgerufen unter: <https://tvpworld.com/86556593/world-torn-by-56-active-conflicts-most-since-wwii-peace-report-says>, Zugriff am 16.06.2025

2 Impact Counter (Stand 18.06.2025): Impact Metrics Dashboard. Abgerufen unter: <https://www.impactcounter.com/dashboard?view=cards&sort=title&order=asc>, Zugriff am 16.06.2025

3 Martin Wolf (11.02.2025): The case for persisting with foreign aid. Abgerufen unter: <https://www.ft.com/content/3e470e39-ba59-443f-a717-78debb5edca2>, Zugriff am 16.06.2025

4 OCHA (30.04.2025): Global Humanitarian Overview 2025, April Update. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/global-humanitarian-overview-2025-april-update-snapshot-30-april-2025>, Zugriff am 16.06.2025



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

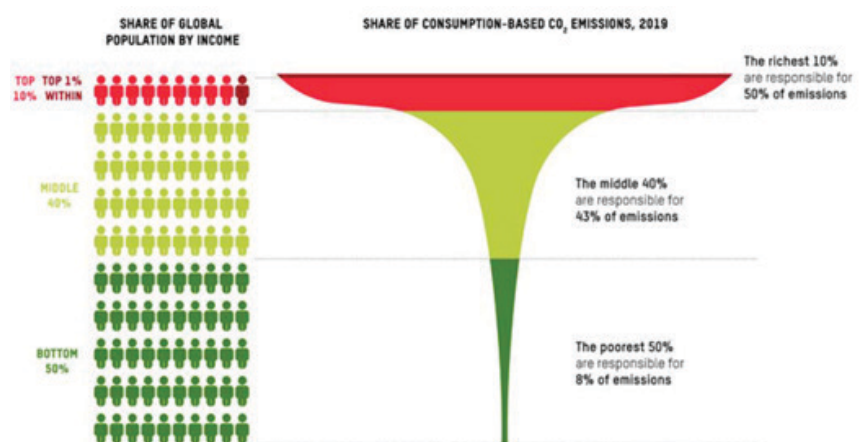
Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

zu investieren. **Mittlerweile beträgt die Finanzierungslücke für die Umsetzung der Agenda 2030 jährlich 4 Billionen US-Dollar.**⁵ Doch auch hinsichtlich anderer Abkommen, Verpflichtungen und Gesetzgebungen kommen Länder des Globalen Nordens ihrer globalen Verantwortung nicht nach:

○ Länder des Globalen Nordens stellen dem Globalen Süden nicht ausreichend finanzielle

Mittel bereit, obwohl OECD-Staaten beispielsweise zu öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) in Höhe von 0,7% ihres jährlichen Bruttonationaleinkommens (BNE) verpflichtet sind.

- Laut eines UN-Berichts müssten Länder des Globalen Nordens im Rahmen des *Loss and Damage Fund* bis Ende dieser Dekade bis zu **387 Milliarden US-Dollar** zur Verfügung stellen,⁶ um in Ländern des Globalen Südens **klimabedingte Verluste und Schäden auszugleichen. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung**



Quelle Oxfam 2025

verursacht genauso viele CO₂-Emissionen wie die ärmsten 66%.⁷ Menschen im Globalen Süden sind überproportional von den Folgen der Erderhitzung und von Umweltzerstörung betroffen.

- Zölle, die nicht den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) entsprechen, und weitere weltweite Handelseinschränkungen erschweren es Ländern des Globalen Südens, sich in regionale und internationale Lieferketten zu integrieren. Ein Lieferkettengesetz auf UN-Ebene würde die Wettbewerbsfähigkeit verbessern und wäre ein wesentlicher Hebel für den weltweiten Schutz von Menschenrechten, Klima und Umwelt. Die EU-Kommission plant indes, das bereits beschlossene EU-Lieferkettengesetz aufzuweichen und zu verschieben. Die nachzuweisende Sorgfaltspflicht sei Unternehmen in Europa nicht zumutbar.⁸

Die FfD4-Konferenz bietet den teilnehmenden Staaten erneut die Möglichkeit, sich auf internationale Spielregeln zu einigen, welche die Lebensgrundlagen, das Wohlergehen und die Sicherheit aller Menschen auf der Welt langfristig verbessern können. Regeln sind eine wesentliche Voraussetzung

5 UNDESA (o.D.): Preparatory Committee for the Fourth International Conference on Financing for Development (FFD4). Abgerufen unter: https://financing.desa.un.org/sites/default/files/ffd4-documents/2025/4PrepCom_Annotated%20Programme_26%20April%20Over_O.pdf, Zugriff am 16.06.2025

6 UNDP (26.01.2024): Loss and Damage Fund for Developing Countries. Abgerufen unter: <https://www.undp.org/belarus/stories/loss-and-damage-fund-developing-countries>, Zugriff am 16.06.2025

7 Oxfam (20.01.2025): Takers not Makers: The unjust poverty and unearned wealth of colonialism. Abgerufen unter: <https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/2025-01/English%20-%20Davos%20Full%20Report%202025.pdf>, Zugriff am 16.06.2025

8 Industrie Magazin (04.04.2025): EU verschiebt Lieferkettengesetz: Was die Omnibus-Reform für Unternehmen in Österreich bedeutet. Abgerufen unter: <https://industriemagazin.at/fuehren/eu-verschiebt-lieferkettengesetz-was-die-omnibus-reform-fuer-unternehmen-in-oesterreich-bedeutet/>, Zugriff am 23.06.2025



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

für weltweite Stabilität, Gerechtigkeit und Frieden sowie für die Einhaltung der neun planetaren Grenzen.⁹ Doch noch immer ignorieren Regierungen in Ländern des Globalen Nordens, dass die Auswirkungen von globalen Krisen sowie von ungerechten Schulden- und Steuersystemen nicht vor kontinentalen Grenzen Halt machen.

Darum geht's bei der FfD4-Konferenz in Sevilla

Es ist zu begrüßen, dass sich die verhandelten Staaten nach Verhandlungsrückzug der USA auf den **Compromiso de Sevilla**¹⁰ einigen konnten und dass dieser ein Bekenntnis zur derzeit verhandelten UN-Steuerrahmenkonvention und zu mehr Transparenz enthält (siehe S. 7).¹¹ Darüber hinaus enthält das Abschlussdokument vor allem unverbindliche Empfehlungen statt tiefgreifender Reformen, etwa in Bezug auf das internationale Schuldensystem (siehe S. 6) und die internationale Entwicklungsfinanzierung (siehe S. 8). Das ist bedauerlich, nahmen **Länder des Globalen Südens und die internationale Zivilgesellschaft** die FfD4-Konferenz doch als eine Chance wahr. Sie **fordern etwa, die Zuständigkeit** (Mandat) für die genannten Bereiche **auf UN-Ebene zu heben**. So befinden sich die Prozesse und Mechanismen des internationalen Steuersystems noch im Einflussbereich der OECD, des Pariser Clubs und anderer Institutionen, in denen Länder des Globalen Nordens eine Mehrheit bilden. Und auch im OECD-Entwicklungshilfesausschuss (OECD Development Assistance Committee, DAC), der sich mit Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und -finanzierung befasst, sitzen die betroffenen Länder des Globalen Südens nicht am Verhandlungstisch. Mehr Zusammenarbeit auf UN-Ebene würde hingegen allen Ländern einen **gleichberechtigten Zugang, transparentere Verhandlungen und einen demokratischeren Entscheidungsprozess** (eine Stimme pro Land) ermöglichen. Dies würde auch den Boden für gerechtere Allianzen bereiten und kleine Länder wie Österreich könnten sich als wichtige Kooperationspartner für junge, aufstrebende afrikanische Länder positionieren.

Eine gerechte, inklusive und kohärente Wirtschafts- und Finanzarchitektur, die es insbesondere den ärmsten Ländern der Welt ermöglicht, ihre Finanzierung selbst in die Hand zu nehmen und auf Augenhöhe die globalen Spielregeln mitzubestimmen, sollte das Ziel der FfD4-Konferenz sein. Jedoch verdeutlicht etwa die gewählte Sprache im Abschlussdokument, dass die EU und andere Geberländer wie Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, die Schweiz und Großbritannien nicht bereit für gleichberechtigte Verhandlungen sind. Im Folgenden konkretisieren wir die genannten Forderungen der internationalen Zivilgesellschaft.

⁹ Die neun planetaren Grenzen, von denen bereits sechs überschritten sind, beschreiben die Belastungsgrenzen des Klimasystems und der weltweiten Ökosysteme. Siehe Krautwig, Thomas; Krieger, Anja (30.08.2024): Die planetaren Grenzen. Abgerufen unter: <https://www.boell.de/de/2024/08/30/die-planetaren-grenzen>. Zugriff am 16.06.2025

¹⁰ UNDESA (17.06.2025): Outcome document of the Fourth International Conference on Financing for Development. Abgerufen unter: <https://financing.desa.un.org/sites/default/files/ffd4-documents/2025/Compromiso%20de%20Sevilla%20for%20action%2016%20June.pdf>, Zugriff am 23.06.2025

¹¹ AG Globale Verantwortung (28.11.2023): Historischer UN-Beschluss für eine globale Steuerreform. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/brief-un-beschluss-fuer-globale-steuerreform/>, Zugriff am 23.06.2025



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

Internationales Schuldensystem:

Mehr Geld fließt in Zinszahlungen als in Bildung und Gesundheit

In den letzten Jahren ist die Schuldenlast in Ländern des Globalen Südens gestiegen, weil ...

- die menschengemachte Klimakrise zu einer Zunahme von Extremwetterereignissen geführt hat. Länder des Globalen Südens sind von diesen überproportional betroffen und gefordert, mehr Geld in Klimaschutz und -anpassungsmaßnahmen zu investieren.
- wegen der COVID-19-Pandemie unter anderem die Tourismuseinnahmen, Rücküberweisungen von Migrant*innen (*Remittances*) und Exporterlöse stark zurückgegangen sind.
- der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einem Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise geführt hat.
- die globalen Krisen die Inflation angetrieben haben.
- infolge die Zinssätze gestiegen und nationale Währungen gegenüber dem US-Dollar abgewertet worden sind, was die Rückzahlungslast zusätzlich vergrößert.

Weltweit geben 54 Staaten über zehn Prozent ihrer Einnahmen für Nettozinszahlungen aus, fast die Hälfte davon auf dem afrikanischen Kontinent.¹² In den 47 Ländern, die als sehr hoch verschuldet eingestuft sind, leben mindestens 231 Millionen Menschen unterhalb der extremen Armutsgrenze¹³ – das sind doppelt so viele wie im weltweiten Durchschnitt. Diese Situation **gefährdet die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der jeweiligen Bevölkerungen**.¹⁴ Insgesamt leben derzeit über 3 Milliarden Menschen in Ländern, die mehr Geld für Zinszahlungen ausgeben als für Bildung und Gesundheit. Unter Berücksichtigung der gekürzten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen, des Rückzugs privater Investor*innen und der Tatsache, dass China heutzutage weniger Kredite vergibt als früher, übersteigen die Kosten für Schuldentrückzahlungen mittlerweile die finanziellen Transferleistungen aus dem Globalen Norden an Länder des Globalen Südens.¹⁵ Das bedeutet, dass **Länder des Globalen Südens den Globalen Norden finanzieren, nicht umgekehrt**.

Zivilgesellschaftliche Forderung: Hochverschuldete Länder entschulden und einen zwischenstaatlichen UN-Mechanismus einrichten

Derzeit dominieren Gläubigerländer aus dem Globalen Norden die Institutionen, die über internationale Schuldenfragen entscheiden: IWF, Weltbank, Pariser Club und G20-Gruppe. Es ist nicht zu erwarten, dass freiwillige Initiativen wie das *Common Framework for Debt Treatment* der G20-Gruppe ausreichend gerechte Lösungen für Schuldnerländer bringen werden. **EU-Länder und die**

¹² Zattler, Jürgen K. (11/2025): IDOS Discussion Paper. How to Deal with the Current Debt Crisis of Developing Countries? Abgerufen unter: https://www.idos-research.de/fileadmin/user_upload/pdfs/publikationen/discussion_paper/2025/DP_11.2025.pdf, Zugriff am 23.06.2025

¹³ Menschen gelten als extrem arm, wenn ihre tägliche Kaufkraft weniger als 2,15 US-Dollar beträgt. Siehe Mohr, Martin (20.06.2025): Globale Armut: Menschen in extremer Armut 1990 bis 2030. Abgerufen unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1356924/umfrage/globale-armut-anzahl-der-armen-menschen/>, Zugriff am 23.06.2025

¹⁴ Rehbein, Kristina, et al. (26.05.2025): Schuldenreport 2025. Abgerufen unter: <https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2025/05/SR2025-online.pdf>, Zugriff am 23.06.2025

¹⁵ AG Globale Verantwortung (28.05.2025): Raus aus der Schuldenkrise: Für Umwelt, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/beitrag-raus-aus-der-schuldenkrise-fuer-umwelt-menschenrechte-und-globale-gerechtigkeit>, Zugriff am 23.06.2025



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

EU-Kommission unterstützen den ungerechten und dysfunktionalen Status quo.¹⁶ Sie verurteilen Milliarden Menschen zu jahrzehntelanger Sparpolitik, in welcher der Schutz von Menschenrechten, Klima und Umwelt zu kurz kommt. Der derzeitige Vorschlag der EU, einen jährlichen Dialog zwischen den Vereinten Nationen, dem Pariser Club und anderen offiziellen Gläubigern einzuführen, mit dem IWF und der Weltbank als Beobachter, kann die Defizite der momentanen internationalen Schuldenarchitektur nicht ausgleichen. Menschenrechtliche, entwicklungspolitische und humanitäre Folgenabschätzungen sowie transparente Richtlinien für die Vergabe von Geldern würden ein klares Bild von der Schuldentragfähigkeit von Ländern des Globalen Südens schaffen und zu einer gerechten und inklusiven Schuldenarchitektur beitragen. Zudem müssen die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen und die Gewährleistung von Menschenrechten Vorrang vor Schuldendiensten haben. Die Zivilgesellschaft fordert einen multilateralen Abwicklungsmechanismus für Staatsschulden (*UN Framework for Sovereign Debt*) und eine internationale Schuldenbehörde, welche die Entschuldungsprozesse begleitet.

Compromiso de Sevilla: Schuldendialog statt UN-Konvention

Die EU und weitere Länder des Globalen Nordens haben sich vorerst gegen Verhandlungen über eine verbindliche UN-Schuldenkonvention ausgesprochen. Stattdessen sieht das Abschlussdokument der FfD4-Konferenz einen zwischenstaatlichen Dialog vor, in dem die verhandelnden Staaten Empfehlungen erarbeiten sollen, um Lücken im Schuldenmanagement zu schließen und die Schuldentragfähigkeit von Ländern des Globalen Südens zu verbessern. **Der vorgeschlagene Dialog ist ein schwacher Kompromiss, der die verhandelnden Länder nicht dazu verpflichtet, zur Lösung der Schuldenproblematik beizutragen.** Das bedeutet, dass viele Länder und ihre Bevölkerungen weiterhin Finanzkrisen sowie ihren sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen ausgesetzt werden.

Internationales Steuersystem:

Steuerschulpflöcher schlucken Milliarden an öffentlichen Einnahmen

Solange Schlupflöcher im internationalen Steuersystem – die Steueroasen, Steuerhinterziehung seitens multinationaler Konzerne und andere illegale Finanzströme ermöglichen – nicht gestopft sind, entgehen Ländern auf der ganzen Welt weiterhin Milliarden an öffentlichen Einnahmen. Dies wird die ohnehin schon untragbare Verschuldung weiter erhöhen, die **Einkommens- und Vermögensungleichheit verschärfen und die Fähigkeit der Regierungen untergraben, auf Krisen zu reagieren** und präventive Maßnahmen zu setzen.

Zivilgesellschaftliche Forderung: Die UN-Steuerrahmenkonvention unterstützen

Die derzeit verhandelte UN-Steuerrahmenkonvention¹⁷ würde einen echten globalen Rahmen für das internationale Steuersystem bieten und potenziell höhere Steuereinnahmen bringen, welche vor allem

¹⁶ AG Globale Verantwortung (23.05.2025): Entwicklungsfinanzierung für globale Gerechtigkeit: EU-Mitgliedsstaaten in der Pflicht. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/brief-entwicklungsfinanzierung-fuer-globale-gerechtigkeit-eu-mitgliedsstaaten-in-der-pflicht/>, Zugriff am 23.06.2025

¹⁷ Civil Society Financing for Development Mechanism (o.D.): Our Demands. Abgerufen unter: <https://csoforffd.org/our-demands/>, Zugriff am 23.06.2025



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

Niedrigeinkommensländer im Globalen Süden dringend für eine nachhaltige Entwicklung benötigen. Der unzureichende OECD-Prozess rund um die Globale Mindeststeuer – die Steueroasen bevorzugt und sowohl die meisten Länder des Globalen Südens als auch Hochsteuerländer wie Österreich klar benachteiligt – war ein Auslöser für die afrikanischen Länder, den Prozess auf UN-Ebene verlagern zu wollen. **Im November 2023 stimmte die Mehrheit der Staatengemeinschaft für Verhandlungen über eine Konvention, die 2027 abgeschlossen werden sollen – bislang allerdings ohne einer klaren Unterstützung der EU- und OECD-Länder.**¹⁸ Zudem unterstützt die Zivilgesellschaft Forderungen nach progressiven Steuersystemen, nach einer effizienteren Besteuerung von ultrareichen Personen und nach einer geschlechtersensiblen Ausrichtung des Steuer- und Budgetbereichs.

Zivilgesellschaftliche Forderung: Transparenz im Steuersystem stärken

Überdies braucht es weitere Maßnahmen für ein transparentes Steuersystem, um grenzüberschreitende Steuervermeidung und -hinterziehung in den Griff zu bekommen. Dazu gehören öffentliche Datenbanken für Konzernberichte über deren internationalen Aktivitäten und für die wirklichen Eigentümer*innen von Firmen und Vermögenswerten (ähnlich dem österreichischen wirtschaftlichen Eigentümer-Register).

Compromiso de Sevilla: Bekenntnis zu UN-Steuerrahmenkonvention und Transparenz

Diese Anliegen finden sich im Abschlussdokument wieder, was wir als großen Erfolg für die zivilgesellschaftlichen Bemühungen im Vorfeld der Konferenz werten. Insbesondere die Regierungen von EU- und OECD-Ländern wie Österreich sind gefragt, diese Bekenntnisse zu unterstützen, etwa in der **nächsten Verhandlungsrunde der UN-Steuerrahmenkonvention vom 4. bis 15. August 2025.**

Internationale Entwicklungsfinanzierung: Geberländer kürzen Unterstützung zugunsten von Eigeninteressen

Die globalen Krisen und die verhärtete geopolitische Lage veranlassten Schweden, die Niederlande, Großbritannien und Deutschland im Vorjahr sowie die USA und Österreich im Jahr 2025 dazu, ihre öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) zugunsten ihrer wirtschafts-, migrations- verteidigungspolitischen Etats zu kürzen. Doch **macht die ODA bis zu 60% der externen Mittel in den Budgets mancher Länder des Globalen Südens aus.**¹⁹ Anders als vergleichbare Geberländer hat **Österreich das international vereinbarte Ziel**, jährlich 0,7% des Bruttonationaleinkommens für die ODA bereitzustellen, **noch nie erreicht.** Laut vorläufigen Zahlen der OECD fiel Österreichs sogenannte ODA-Quote im Jahr 2024 von 0,38% auf 0,34% des BNE.²⁰

¹⁸ AG Globale Verantwortung (28.11.2023): Historischer UN-Beschluss für eine globale Steuerreform. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/brief-un-beschluss-fuer-globale-steuerreform/>, Zugriff am 16.06.2025

¹⁹ AG Globale Verantwortung (30.04.2025): Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfeleistungen brauchen neue Regeln. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/beitrag-internationale-zusammenarbeit-und-entwicklungshilfeleistungen-brauchen-neue-regeln/>, Zugriff am 26.06.2025

²⁰ OECD (16.04.2025): Preliminary official development assistance levels in 2024. Abgerufen unter: [https://one.oecd.org/document/DCD\(2025\)6/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD(2025)6/en/pdf), Zugriff 16.06.2025



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

Zivilgesellschaftliche Forderung: Das Mandat für die Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IDC) auf UN-Ebene heben

Verschiedene, nicht (gut) aufeinander abgestimmte Entscheidungsinstitutionen sind derzeit für Fragen der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit (*International Development Cooperation*, IDC) zuständig. Eine gemeinsame Definition für Entwicklungszusammenarbeit gibt es nicht, was einer „Zweckentfremdung“ Tür und Tor öffnet, auch innerhalb der Geberländer.²¹ Angesichts des schwindenden Bekenntnisses zur internationalen Zusammenarbeit, wie sie beispielsweise die Budgetkürzungen in der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe signalisieren, gilt es, auch für die IDC einen konsensualen multilateralen Prozess bei den Vereinten Nationen zu etablieren. Eine UN-Konvention ist Voraussetzung für eine Einigung aller beteiligten Länder auf gemeinsame gerechte und wirksame ODA-Parameter sowie auf damit einhergehende Rechenschaftspflichten.

Zivilgesellschaftliche Forderung: Eine klimaneutrale Entwicklungsfinanzierung etablieren

Damit die planetaren Grenzen nicht weiter überschritten und unser aller Lebensgrundlagen nicht weiter zerstört werden, ist eine klimaneutrale Entwicklungsfinanzierung längst überfällig, die im Einklang mit dem Pariser Abkommen sowie mit weiteren internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz steht. Diese **darf keine weiteren Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen schaffen, sondern muss diese raschestmöglich abbauen** und eine ökosoziale Transformation in Ländern des Globalen Südens fördern.

Zivilgesellschaftliche Forderung: Ein transparentes und statistisch integriertes Berichtswesen sicherstellen

Die Melderichtlinien der OECD für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen wurden über die Jahre hinweg immer weiter ausgedehnt, zuletzt im Rahmen einer ODA-„Modernisierung“. Geberländer können zahlreiche Ausgaben einrechnen, etwa teure Kredite bilateraler Entwicklungsbanken. Aber auch Gelder, die in den wohlhabendsten Ländern verbleiben, anstatt bei benachteiligten und gefährdeten Menschen weltweit anzukommen: zum Beispiel die Hochschulkosten für Student*innen aus Drittländern und die Unterstützungskosten für Schutzsuchende. So **verwässern Geberländer ihre ODA** und vermitteln einen falschen Eindruck der Leistungen. **In den letzten Jahren machten solche Ausgaben rund 27% der österreichischen ODA aus.**²² Österreich und die anderen OECD-Länder sind gefragt, diese Praxis zu beenden und die Qualität ihrer ODA zu steigern.

Compromiso de Sevilla: Länder des Globalen Südens dürfen weiterhin nicht bei internationaler Entwicklungsfinanzierung mitreden

Die verhandelnden Länder konnten sich nicht darauf einigen, diese Anliegen zu unterstützen. Zwar erwähnt das Abschlussdokument die Bedeutung der ODA sowie die gravierende entwicklungspoli-

21 AG Globale Verantwortung (16.04.2025): Internationale Entwicklungsfinanzierung: NGOs fordern Ende der Verwässerung und Widersprüche. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/presseaussendung-entwicklungsfinanzierung-ngos-fordern-ende-der-verwaesserung-und-widersprueche/>, Zugriff am 23.06.2025

22 siehe Fußnote 21.



Vertane Chance für globale Gerechtigkeit und Zusammenarbeit?

Die vierte internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Sevilla

tische und humanitäre Finanzierungslücke, konkrete Lösungsansätze für die damit verbundenen Herausforderungen fehlen allerdings. Stattdessen schlagen sie erneut Reformen innerhalb des OECD DAC vor, die bislang weder inklusiv noch zielführend umgesetzt wurden. Das bedeutet, dass Länder des Globalen Südens weiterhin von Entscheidungen der internationalen Entwicklungsfinanzierung ausgeschlossen sein werden.

FfD4-Konferenz: Weiterhin Reformchancen für globale Gerechtigkeit und Multilateralismus

Trotz der inhaltlichen Schwächen und der politischen Mutlosigkeit bieten der *Compromiso de Sevilla* und die darauffolgende FfD4-Konferenz von 30. Juni bis 3. Juli Chancen und verschaffen den besprochenen Anliegen öffentliche Aufmerksamkeit. Wir begrüßen, dass **EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Mahmoud Ali Youssouf, Kommissionsvorsitzender der Afrikanischen Union**, zahlreiche Staats- und Regierungschefs, Länderdelegationen sowie Vertreter*innen internationaler Organisationen nach Sevilla reisen werden. **Auch Österreich wird durch eine Delegation vertreten sein.** Als UN-Standort und möglicher Kandidat für einen temporären Sitz im UN-Sicherheitsrat hat Österreich eine besondere globale Verantwortung. Darüber hinaus werden sich **über 800 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aus Europa und dem Globalen Süden** vorab bei einem zweitägigen zivilgesellschaftlichen Forum²³ und bei einem feministischen Forum auf Maßnahmen einigen, die sie den verhandelnden Ländern zur Diskussion vorschlagen wollen. Bei Nebenveranstaltungen, bilateralen Treffen, offiziellen Podiumsdiskussionen und öffentlichen Reden werden die Verhandler*innen über finanzielle Zusagen, Partnerschaften und weitere politische Bekenntnisse bekanntgegeben. Die Zivilgesellschaft wird beobachten, ob diese auch transformative Lösungen für die Herausforderungen, vor denen Länder des Globalen Südens derzeit stehen, bereithalten.

Links

[Analyse des Compromiso de Sevilla](#)
[Programm der FfD4-Konferenz](#)

Kontakt

Martina Neuwirth, Steuer- und Wirtschaftsexpertin des Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC), **Karin Kuranda**, entwicklungspolitische Fachreferentin der AG Globale Verantwortung, und **Bernhard Zlanabitnig**, Leiter des EU-Umweltbüros, werden die österreichische Zivilgesellschaft bei der FfD4-Konferenz in Sevilla vertreten.

Bei Interesse an einem Interview oder weiterführenden Informationen wenden Sie sich bitte an:

Hannah Hauptmann

Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit der AG Globale Verantwortung
presse@globaleverantwortung.at
+43 699/17 20 42 07

Manuela Tomic

Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit des VIDC
tomic@vidc.org
+43 1/713 35 94–76

²³ Civil Society Financing for Development Mechanism (o.D.): Civil Society Forum for FfD4. Provisional Programme. Abgerufen unter: <https://www.datocms-assets.com/120585/1750198017-ffd4-civil-society-forum-provisional-programme.pdf>, Zugriff am 26.06.2025